DISKUSSION UM 23. FEBRUAR

Wundern über Rechtsauffassung

Wer sich die zahlreichen Leserbriefe zum Thema 23. Februar 2014 am letzten Samstag aufmerksam durchgelesen hat, der kam nicht umhin, sich über die Rechtsauffassung mancher Autoren doch sehr zu wundern.

Da sind zum Beispiel die „stolzen Eltern“, deren Söhne nicht allzu viel auf richterliche Entscheidungen zu geben und auch das Versammlungs- bzw. Demonstrationsrecht nur bedingt für allgemeingültig zu erachten scheinen. Wenn ein deutsches Gericht diesen erbärmlich tumben Neonazis, denn nichts anderes sind diese braunen Geschichtsfälscher meiner Meinung nach, aufgrund des Grundgesetzes erlauben muss ihre widerwärtige „Fackelmahnwache“ abzuhalten, dann hat dies für Familie Krauß nichts zu bedeuten. Ebenso unverbindlich ist auch der offiziell genehmigte Verlauf des Demonstrationszuges. Man setzt sich über Recht und Ordnung einfach hinweg, schließlich geht es um die gute Sache. Stattdessen marschiert man mit vermummten, politische Parolen skandierenden, sogenannten „Antifaschisten“ geradewegs auf den Wartberg und wundert sich über das dortige Polizeiaufgebot. Nun, wenn Familie Krauß und die übrigen „jungen, engagierten und absolut friedlichen Menschen“ einfach weiter zum Hauptgüterbahnhof gezogen wären und dort ihre berechtigte Abscheu gegenüber dem Nazi-Gesindel zum Ausdruck gebracht hätten, wären auch keine 1300 Polizisten samt Hubschrauber nötig gewesen, um sie und ihre Freunde daran zu hindern, eine leider genehmigte Veranstaltung zu verhindern. Was hätten sie denn eigentlich gemacht, wenn die Polizei nicht vor Ort gewesen wäre? Was genau hatten sie denn vor? Erklären Sie uns doch bitte, wie der Tag Ihrer Meinung nach ohne massives Polizeiaufgebot verlaufen wäre, denn das frage ich mich jedes Jahr.

Andrea Wunsch, Pforzheim

Polizisten schirmen die genehmigte Neonazi-Kundgebung vor Gegendemonstranten ab. FOTO: MEYER

DISKUSSION UM 23. FEBRUAR

Ist das nicht auch parteipolitisch?

Der 23. Februar hat auch dieses Jahr hier wieder eine Flut von Leserbriefen ausgelöst. Als Vertreter des bürgerlichen Lagers musste ich bei der Lektüre am vergangenen Samstag nicht nur einmal mit dem Kopf schütteln. Besonders bemerkenswert fand ich dabei den Beitrag von Frau Julika Bauer aus Pforzheim. Sie bedauert nämlich, dass die „Ereignisse immer wieder zur parteipolitischen Werbung genutzt werden.“ Einen solchen Vorwurf zu erheben, ist – abgesehen von der Frage, wer für was wirbt – ihr gutes Recht. Jeder Leser kann sich schließlich sein eigenes Urteil dazu bilden. Allerdings weiß wahrscheinlich nicht jeder Leser, wer Julika Bauer ist. Frau Bauer ist nicht nur Mitglied im Vorstand der Pforzheimer Jusos, sondern auch Kandidatin auf der Liste der SPD für die Kommunalwahl im Mai. Auch das ist ihr gutes Recht, aber es wäre meiner Meinung nach fair gewesen, dies zumindest zu erwähnen oder zur Unterschrift hinzuzufügen. Dann nämlich erscheint der Vorwurf der parteipolitischen Instrumentalisierung in einem neuen Licht. Nicht eine engagierte Bürgerin erhebt ihn, sondern eine politische Konkurrentin. Und damit stellt sich die Frage: Ist das dann nicht auch „parteipolitische Werbung“ im Zusammenhang mit dem 23. Februar?

Fabian Weiler, Vorsitzender des CDU-Stadtteilverbandes Mitte/ Süd, Mitglied der Jungen Union, Kandidat der CDU für den Pforzheimer Gemeinderat

DISKUSSION UM 23. FEBRUAR

Kann eine Stadt schuldig sein?

Dekanin Quincke findet deutliche Worte gegen Rechtsextremismus und sagt: „Pforzheimist keine unschuldige Stadt gewesen.“ Diese Aussage schockiert mich. Kann eine Stadt „schuldig“ werden, verstrickt in ein absolutistisches, gnadenlos gewaltanwendendes politisches System – genannt Nazi-Deutschland? Schuldig im Sinne von Einzelschuld ihrer Bürger? Für mich eine unglaubliche Behauptung. Angesichts der (für mich) mehr als 20 000 Opfer, die diese Stadt durch den Angriff am 23. Februar 1945 zu beklagen hatte; diese Opfer, die dennoch eine Schuld aufgrund ihrer Nichtablehnung gegenüber dem herrschenden System und der sichtlich widerspruchslosen Hinnahme der Politik Nazi-Deutschland abzutragen haben?

Mein Vater und meine Tante, beide in Pforzheim geboren und aufgewachsen, also Kinder dieser Zeit, sollen mitschuldig sein an den Ereignissen vom 23. Februar 1945? Beide heute noch bei klarem Verstand und Sachkenntnis der damaligen Ereignisse, haben versucht, das Erlebte aus ihrer Sicht zu schildern. Als Kinder, die sie damals waren und die in der Zeit der Weimarer Republik erleben mussten, wie ihr Vater trotz guter Ausbildung und mehrsprachiger Kenntnisse 1932 arbeitslos wurde, wie die vierköpfige Familie große Sorgen und Existenznöte durchleben musste. Eine Zeit, die in ganz Deutschland Not und Armut aufgrund der darniederliegenden Wirtschaft und politischer Unsicherheit – auch wegen des verlorenen Krieges 1914 bis 1918 und der daraus resultierenden Reparationszahlungen an die Siegermächte – auslöste. Dann kommt jemand, der zunächst Abhilfe schafft, es geht wirtschaftlich aufwärts, die Not und Armut wird gelindert, für Kinder und Jugendliche wird viel auf die Beine gestellt, nicht nur Schlechtes. Sie erleben mit, wie die „braunen Hemden“ die Macht übernehmen. Sie erleben die Reichspogromnacht auch in Pforzheim, es kommt zum Krieg. Mein Vater meldet sich mit 17 Jahren zu den Gebirgsjägern. Seine Erlebnisse hat er für mich aufgeschrieben; sie sind erschütternd. Er hat überlebt, aber das Erlebte hinterlässt tiefe Spuren für immer. Die Großeltern werden ausgebombt, sie müssen ihr zerstörtes Haus für immer verlassen. Mein Urgroßvater stirbt beim Angriff auf Pforzheim.

Mein Vater und seine Schwester waren noch Kinder, als der Krieg ausbrach. Was hätten sie tun können? Ich weiß es nicht, aber eines weiß ich genau: Schuld haben sie keine. Ja, im Gegenteil. Sind sie nicht schuldlose Opfer einer gnadenlosen Zeit, konfrontiert mit diesem sich immer weiter ausbreitenden Krieg? Im Grunde ohne große Alternative und betrogen um eine „normale“ Zukunft?

Schuld oder Unschuld sollte nicht die Frage sein, sondern Mitgefühl und Verständnis im Angesicht des schweren Leides und dem Verlust so vieler Menschenleben. Gerade durch die Überlebenden von Pforzheim können wir lernen, dass Krieg und Gewalt, Zerstörung und Tyrannei nie wieder akzeptiert werden dürfen und dass für ein Zusammenleben in Frieden, Toleranz, Akzeptanz, Menschlichkeit und Nächstenliebe zwingend nötig sind.

Elisabeth Henecka, Pforzheim

DISKUSSION UM 23. FEBRUAR

Die wahre Gefahr kommt von rechts

Wieder einmal wird der 23. Februar auf die Ausschreitungen am Wartberg reduziert. Wieder einmal wird er von offiziellen Mandatsträgern aus den Reihen der CDU und der FDP dazu genutzt, die Ereignisse auf das Thema Linksextremismus zu begrenzen. Dabei sind es die Rechtextremen, die diesen Gedenktag in Pforzheim entweihen. Weil sie jedes Jahr unbehelligt und flankiert von Hundertschaften der Polizei ihren Fackelaufmarsch auf den Wartberg machen können – ohne dass sich ihnen eine große bürgerliche Mehrheit entgegenstellen darf.

Wer den 23. Februar auf das Thema Linksextremismus reduziert, der ist auf dem rechten Auge blind – und davon gibt es ja wahrlich viele in unserer Gesellschaft. Wer sich zudem berufen fühlt, ein Urteil über den Demonstrationszug zum Güterbahnhof und die dortige Kundgebung des DGB zu fällen, dem sei gesagt: Wer nicht da war, hat nicht das Recht zu urteilen. Denn wer da gewesen wäre, der hätte eine bemerkenswerte Veranstaltung erlebt, deren Höhepunkt zweifellos die Rede der obersten Repräsentantin der evangelischen Kirche in Pforzheim war. Es war eine wohltuende Erfahrung, dass es eine solche Kirchenfrau gibt – die die Gefahren deutlich beim Namen nennt. Und dies, weil sie es als ihre Pflicht als Christin ansieht – das sollte einem Christdemokraten zu denken geben. Wir haben uns am Sonntag mit rund 1000 anderen Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten Pforzheims bewegt – und zwar zu einem Ort, der für die Gräueltaten der Nazis steht. Ihre Herrschaft war die eigentliche Ursache für die Zerstörung Pforzheims. Es ist an der Zeit, dass diejenigen, die das Thema 23. Februar auf den Linksextremismus fokussieren, sich auch bewegen. Die wahre Gefahr kommt von rechts, ihr müssen wir uns mit all unseren Kräften entgegensetzen. Nur als geschlossen-auftretende, bürgerliche Gruppe aus allen Gesellschaftsschichten wird es uns gelingen, gegen die Rechten zu protestieren – getreu dem Apell unseres Bundespräsidenten. Denn hier ist kein Platz für Nazis und genau darum geht es am 23. Februar.

Ina Rau und Martin Kunzmann, Pforzheim

DEBATTE UM EINZELHANDEL

Kundenfeindliche Parkverordnung

Vor dem Hintergrund der höchsten Arbeitslosenquote Baden-Württembergs kann sich unser Pforzheim Erstaunliches erlauben: Die Vielfalt der angebotenen Waren auf der Wilferdinger Höhe wird eingeschränkt, um die Einkaufsattraktivität des Stadtzentrums aufzuwerten. Ob es sinnvoll ist, das florierende Gewerbegebiet, Jobmotor und Zugpferd Pforzheims, auf diese Weise einzubremsen, halte ich für zweifelhaft. Dabei bleibt die Frage offen, ob derjenige, der sich über den Innenstadtring, von Ampel zu Ampel stehend, bis zum Warenangebot seiner Wahl im Zentrum durchgekämpft hat, dort wirklich als (glücklicher) Kunde landet, oder ob ihn die Parkplatzregulierung eher wieder frustriert nach Hause schickt. Beispiele kleiner Unternehmen gibt’s genug, die von der Stadtverwaltung kundenfeindliche Parkverordnungen zu spüren bekommen. Zuletzt die Früchteecke, deren Kunden-Kurzzeitparkplätze kurzerhand per Zick-Zack-Linie beseitigt wurden. Man sollte nicht vergessen, dass auch diese Unternehmen die Innenstadt bereichern. Kleinen Unternehmen, die auch sperrige oder schwere Ware zum Verkauf anbieten, sollte man Kurzzeitparkplätze kostenfrei zur Verfügung stellen. Überhaupt sollte das Parken in der Innenstadt außerhalb der beruhigten Zonen erleichtert werden, an Wochenenden sogar als beworbenes, kostenfreies Modell, um Kunden, auch aus der Umgebung, einzuladen. Da hilft kein Leugnen, wir leben in einer mobilen Gesellschaft. Neben der Hoffnung, dass diese zunehmend solarelektrische Antriebe nutzt, steht fest, dass die Mobilität, zumindest in Pforzheim, Dreh- und Angelpunkt einer florierenden Innenstadt ist.

Es ist notwendig, dass unsere Stadtregierung hier tätig wird. Die oben beschriebenen Maßnahmen der Beschränkungen in vielerlei Hinsicht verfehlen das gewünschte Ziel leider vollkommen.

Johannes Bischoff, Pforzheim

LÄRMSCHUTZ AN DER A 8

Chance nicht verstreichen lassen

Es ist fünf vorzwölf für den Lärmschutz an der A8 bei Remchingen. Die Bürgerinitiative hat am 14. Februar bei einem Termin mit dem Regierungspräsidium erfahren, dass sich das Zeitfenster schließt, um das Ruder noch einmal herumzureißen. Es bleiben nur noch wenige Wochen, um bei Remchingen den Einbau des lärmmindernden Asphaltes SMA-LA zur Linderung der zu erwartenden Grenzwertüberschreitungen und zur Korrektur der gravierenden Berechnungsfehler bei der Planfeststellung zu veranlassen. Damit ist es „fünf vor zwölf“. Wir fordern alle Beteiligten dringend auf, noch einmal alle Kräfte zu bündeln, um diese Maßnahme zu ermöglichen und diese Chance nicht ungenutzt verstreichen zu lassen. Nach einem über einjährigen Kampf der BI, nach verspätet aufgetauchten Berechnungen des Regierungspräsidiums und nach weiterführenden gravierenden Erkenntnissen durch Auswertungen der Gemeinde sind sich mittlerweile in Gemeinde, im Regierungspräsidium und auch im Land alle einig: Es gibt gravierende Mängel und Fehler bei Planung und Genehmigung: Das nach bisher vorliegender Planung zu erwartende Ergebnis wäre völlig unzureichend. Es muss dringend nachgebessert werden.

Offensichtlich ist dem Bund die Tragweite, seiner Weigerung, Nachbesserungen vorzunehmen, nicht bekannt. Deshalb appellieren wir nochmals dringend an unsere Vertreter in Bund und Land, an das Land Baden-Württemberg, das Regierungspräsidium und die Gemeinde Remchingen: Bündeln Sie Ihre Kräfte, um in einer konzertierten Aktion den Bund doch noch von der Notwendigkeit weiterführender Maßnahmen zu überzeugen! Sorgen Sie dafür, dass diese Chance nicht ungenutzt verstreicht! Verhindern Sie, dass die Anwohner für Fehler bei Planung und Genehmigung mit Ihrer Gesundheit und – nach bereits jahrzehntelanger Tortur – durch das weitere Erdulden von mangelhaftem Lärmschutz bezahlen müssen! Es kann und darf nicht sein, dass notwendige Nachbesserungen und hierdurch erzielbare spürbare Linderungen an lediglich einigen hunderttausend Euro scheitern. Es wäre ein trauriger Witz, in einem reichen Land wie unserem, in dem es möglich ist, Milliarden allein für Planungsfehler bei Projekten, wie Stuttgart 21, einer Elbphilharmonie oder einem Flughafen Berlin zu verpulvern, wenn es hier nicht möglich sein sollte, rechtzeitig solch gravierende Planungsfehler zu erkennen und zu beheben. Können und wollen es die Beteiligten verantworten, dass der Bürger nur dann zu seinem Recht kommt, wenn er bei Vorhaben des Staates seine eigenen Gegengutachten veranlasst und anschließend sein Recht gerichtlich erstreitet?

Till Siegenthaler, Remchingen

DEBATTE UM EINZELHANDEL

Niedergang des Standorts

Das Bild des auf der Straße sitzenden Händlers ist symbolhaft für die untaugliche Verkehrs- und Einzelhandelspolitik der Stadt – und bald auch für ihre Folgen. Untauglich, weil sie von vollkommener Ignoranz der Verkehrs- und Konsumgewohnheiten der Bürger geprägt ist. Während man in früheren Jahren die automobilen Kunden mit dem „Verkehrs- und Parkkonzept“ auf die Wilferdinger Höhe getrieben hat, versucht man nun, sie über Sortimentseinschränkungen wieder von dort zu vertreiben. Dies wird teilweise auch gelingen – allerdings nicht zurück in die City, sondern vollkommen aus dem Stadtgebiet heraus. Der Käufer will in Nähe zum Einzelhandel parken oder zumindest anhalten, und nicht auf entfernte (gebührenpflichtige!) städtische Plätze verwiesen werden. Die Verwaltung kann dem entweder Rechnung tragen, oder dem weiteren Niedergang des Einzelhandelsstandorts zuschauen. Sie sollte dabei nicht vergessen, wer den horrenden Gewerbesteuerhebesatz trägt, mit dem sie ihren ausufernden Haushalt finanziert!

Oliver Essig, Pforzheim

DEBATTE UM EINZELHANDEL

Solche Aktionen kommen nicht gut an

Nun ist der Innenstadtring fertig und die Gemeinderäte hoffen, dass sich jetzt viele Geschäftsleute in der Innenstadt niederlassen werden. Man will die Stadt aufwerten. Dazu gehört aber auch, dass gute Parkmöglichkeiten bestehen. Und solche Aktionen wie die des Parkverbotes beim Früchtehändler Ecke Jahnstraße kommen da gar nicht gut an. Man weist auf andere Parkplätze hin, zum Beipsiel an der Schwarzwaldstraße.

Glauben die zuständigen Herren, dass die Anwohner ihre Parkplätze für Kunden des Herrn Aksoy freihalten? Ich möchte darauf hinweisen, auf dem Messplatz gibt es auch noch Parkmöglichkeiten.

Rita und Manfred Wörsching, Calw

ORTSCHAFTSRAT BÜCHENBRONN

Ein Schelm, der Böses dabei denkt

Der Zeitungsartikel „Einer gegen alle“ über die jüngste Ortschaftsratssitzung in Büchenbronn ist ähnlich polemisch geschrieben wie einzelne Beiträge von Ortschaftsräten. Eine sachliche Darstellung erfolgte nicht. Dabei sprechen die Fakten für sich.

Noch in der Ortschaftsratssitzung am 28. Januar gab es Enttäuschung darüber, dass die Planungen für das Feuerwehrgerätehaus mangels Geld stecken geblieben sind und nicht zu Ende geführt werden können. Es wurde auf den neuen Haushalt 2015/16 verwiesen.

Am 8. Februar schrieb ich für die Bürgerliste an den Oberbürgermeister und forderte, dass Büchenbronn nicht schlechter behandelt wird als die Stadtmitte. Ich bat ihn, dafür zu sorgen, dass die benötigten Mittel für die Restplanung außerplanmäßig bewilligt werden. Ich erhielt einen Zwischenbescheid. Am 11. Februar wurde darüber in der Presse berichtet, und am Tag darauf stand das Anliegen der Bürgerliste bereits auf der Tagesordnung der Dezernatsbesprechung. Es wurde der Auftrag erteilt, Mittel für die Restplanung zu suchen.

Genau am Tag vor der Ortschaftsratssitzung (24. Februar) unterschrieb der OB die Mittelfreigabe. Noch am selben Tag hatten zwei Bürgermeister, der Feuerwehrkommandant und der Ortsvorsteher sofort Zeit, um sich zu einem Fototermin vor dem Feuerwehrgerätehaus in Büchenbronn zu präsentieren. Mit großer Eile kam die Presse dazu, damit man ja am Tag der Ortschaftsratssitzung in der Zeitung lesen konnte, wir (nämlich die vier Genannten) haben es geschafft, der Antrag der Bürgerliste ist überflüssig. So schnell sind noch nie bei der Stadt Mittel für etwas bewilligt worden.

Welch ein Schelm, der jetzt Böses denkt. Am 28. Februar erhielt ich von Bürgermeister Uhlig eine Antwort auf mein Schreiben an den OB mit folgendem Inhalt: „Ich gehe davon aus, dass durch die Berichterstattung in der Presse am 25. Februar und die Berichterstattung der Ortsverwaltung vom gleichen Tage Ihre Anfrage erledigt sein dürfte.“ So läuft es im Rathaus. Briefe werden so beantwortet. Dafür erhält der Ortsvorsteher sofort nach der Unterschrift des OB per Telefon von ihm Bescheid.

In der Ortschaftsratssitzung gab es für unseren Einsatz keinen Dank, sondern allen voran ergoss sich Ortschaftsrat Marco Faas in beißender Kritik und maßloser Polemik. Konstruktives kam nicht. Wir sind jedenfalls froh, dass wir etwas bewirken konnten.

Reinhard Klein, Pforzheim-Büchenbronn